

**Antrag der CDU-Fraktion aus der Haushaltsrede vom 20.03.2006
Prüfung des PPP-Modells für ein naturwissenschaftliches/pädagogisches
Zentrum**

Schulen:

Bereits in der letzten Haushaltsrede haben wir die Errichtung eines Naturwissenschaftlichen/pädagogischen Zentrums beantragt. Ursprünglich sollte diese Idee verfolgt und realisiert werden, um hierdurch die Schullandschaft in unserer Gemeinde nachhaltig zu verbessern. Geplant war eine gemeinsame Nutzung des Zentrums durch die Hauptschule und durch das Gymnasium. Dieser Antrag wurde im zuständigen Schulausschuss behandelt und man einigte sich auf einen Arbeitskreis, der sich mit diesem Thema befassen sollte und auch befasste.

Während der Arbeitskreis unter Beteiligung der zuständigen Fachämter tagte, wurde zu keinem Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass die Finanzierung eines solchen Projektes mehr als fraglich ist. Nach Vorlage des Haushaltsentwurfes durch den Bürgermeister kam vielmehr die Ernüchterung.

Bislang wurde die Realisierung des Projektes auf der Basis von PPP als unwirtschaftlich dargestellt. Das finanzielle Bauvolumen sei zu klein, so dass man kommunale Kredite in Anspruch nehmen müsse. So war jedenfalls die Auskunft der Gemeindeverwaltung. Eine Verwaltungsvorlage des Bürgermeisters mit konkreten Angeboten von Investoren und entsprechendem Nachweis wurde bislang nicht vorgelegt.

Letztendlich sollen die Schulleiter der betroffenen Schulen auch mit einer Kompromisslösung einverstanden sein. Das Gymnasium drängt aus verständlichen Gründen, da ab 2007/2008 der Ganztagsbetrieb beginnt. Räume müssen sukzessive vorgehalten werden.

In der Konsequenz wollen wir uns nicht dem Willen der Schulen widersetzen. Dennoch bestehen wir auf eine umfangreiche und nachgewiesene Überprüfung der Möglichkeit zur Finanzierung des beabsichtigten Naturwissenschaftlichen/pädagogischen Zentrums im Rahmen von PPP oder Sponsoring. Dies wird von uns nochmals ausdrücklich beantragt. Während dieser Prüfungsphase müssen weitere Gespräche mit allen Verantwortlichen geführt werden. Wir beantragen daher, unter Beteiligung der Verwaltung und eines Vertreters der jeweiligen Fraktionen gemeinsam mit den Schulleitern die Angelegenheit nochmals zu erörtern.